

Demografischer Wandel

Grundlagenpapier

September 2024

Ausgangslage und Handlungsbedarf

- Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten viele Länder – darunter auch die Schweiz – einen starken Anstieg der Geburtenraten, was zu einer grossen Kohorte von Menschen führte, die heute als «Babyboomer» bekannt sind. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird die Schweizer Bevölkerung älter, da die Lebenserwartung weiter steigt und die Geburtenrate zurückgeht.
- Der demografische Wandel bringt sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich. Zu den Herausforderungen zählt das System der Altersvorsorge, insbesondere der 1. Säule. Das (teilweise noch ungenutzte) Potenzial der älteren Bevölkerung bietet aber auch eine Chance für die Gesellschaft.
- Aufgrund des demografischen Wandels besteht insbesondere Handlungsbedarf im Bereich des Rentensystems und im Gesundheitswesen. Der demografische Wandel wird sich aber auch auf weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche wie zum Beispiel den Wohnungs- oder Arbeitsmarkt auswirken.
- Auch wenn der demografische Wandel sich schrittweise über einen längeren Zeitraum vollzieht, sind bereits jetzt Massnahmen zu planen bzw. umzusetzen.

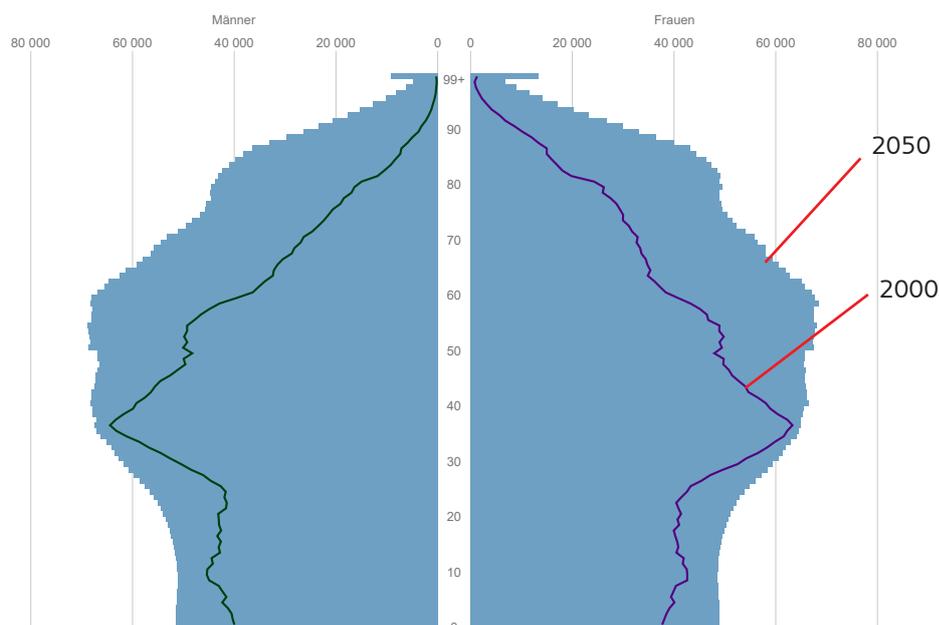
Ausgangslage: Bevölkerungsentwicklung

Die Lebenserwartung, das Geburtenniveau sowie die nationale oder internationale Migration sind die drei Hauptfaktoren, die die Bevölkerungsstruktur beeinflussen. Die Bevölkerungsszenarien des Bundesamts für Statistik (BFS) zeigen für die nächsten Jahrzehnte folgende Trends bei diesen drei Faktoren auf: Die Anzahl Todesfälle übersteigt die Anzahl der Geburten. Gleichzeitig wächst die Schweizer Bevölkerung durch Zuwanderung. Zudem verstärkt sich aufgrund der steigenden Lebenserwartung die demografische Alterung. Die Szenarien gehen davon aus, dass selbst nach Ableben der Babyboomer-Generation der Anteil älterer Personen gross bleiben wird, da die Sterblichkeitsrate weiterhin sinkt und die tiefe Geburtenrate langfristig gesehen stagniert.

Im Folgenden sind die wichtigsten Kennzahlen zur Demografie in der Schweiz dargestellt. Statistische Konzepte sind in der Box «Kennzahlen erklärt» erörtert. Diese Kennzahlen sind im Laufertext kursiv gekennzeichnet.

Für die Bevölkerungsprognosen rechnet das BFS mit drei *Szenarien* (vgl. Box «Kennzahlen erklärt»). Im mittleren Referenzszenario A (siehe auch Abbildung 1) geht das BFS von folgenden Veränderungen aus:

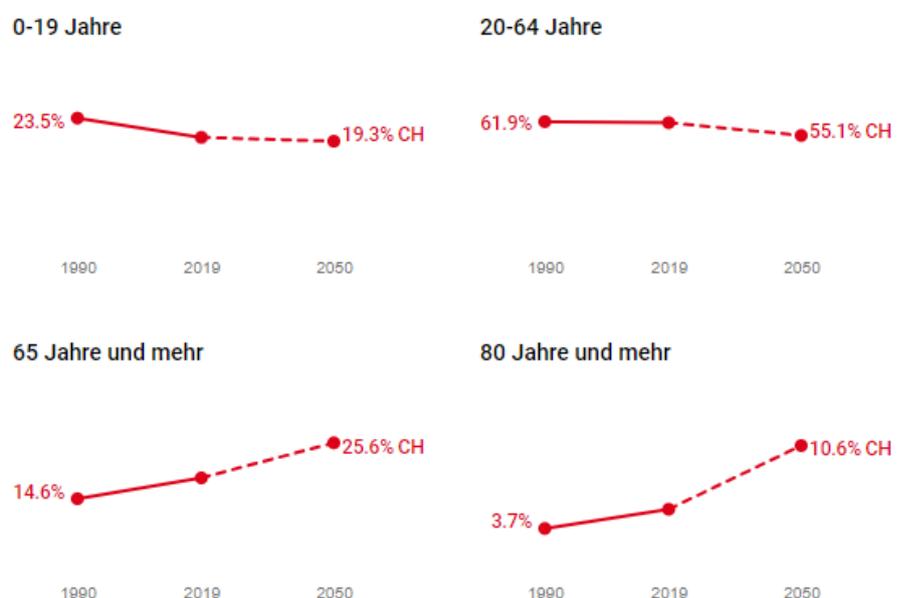
Abb. 1



- Die *Lebenserwartung bei Geburt* steigt zwischen 2020 und 2050 bei den Männern von 81 auf 87 Jahre und bei den Frauen von 85 auf 90 Jahre. Dies liegt vor allem am medizinischen Fortschritt und am steigenden Wohlstand, aber auch an den verbesserten Arbeitsbedingungen und der sozialen Fürsorge.
- Der *Wanderungssaldo* steigt in der Schweiz zuerst langsam an und sinkt danach stark. Ab dem Jahr 2050 rechnet das BFS mit einem jährlichen Wanderungssaldo von +35 000 Personen. Da die europäischen Länder mit einer ähnlichen demografischen Veränderung konfrontiert sind, können weniger Arbeitskräfte aus Europa rekrutiert werden.
- Die Geburtenrate wird auf niedrigem Niveau nur leicht von 1,5 auf 1,6 ansteigen, aber weiterhin deutlich unter dem Wert von 2,1 bleiben, der für einen *Ersatz der Elterngeneration* notwendig wäre. Die möglichen Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits können fehlende Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen Einfluss haben, andererseits kulturelle Veränderungen, wie z.B., dass freiwillige Kinderlosigkeit heute akzeptierter ist als früher.

Für dieses Szenario ergibt sich, dass die Bevölkerung von 8,7 Millionen (2020) auf 10,4 Millionen Personen (2050) ansteigen wird. Wie in Abbildung 2 ersichtlich ist, wird der Anteil der Personen über 65 Jahren im gleichen Zeitraum von 18,8% auf 25,6% steigen. Die Bevölkerung über 80 Jahren wird von 5,3% auf über 10% zunehmen. Im Jahr 2024 fallen 39 Personen über 80 auf 100 Personen zwischen 65 und 80, im Jahr 2050 wird dieser *Greying Index* bei 71 liegen. Selbst wenn der Wanderungssaldo deutlich höher ausfallen würde, könnte die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nicht den Anstieg der Personen im Rentenalter kompensieren.

Abb. 2 Entwicklung der Bevölkerung nach Altersklasse



Szenarien und Prognosen

Szenario: In einem Szenario wird eine von verschiedenen möglichen zukünftigen Realitäten abgebildet. Szenarien unterscheiden sich in den ihnen zugrundeliegenden Annahmen, hier zum Beispiel in Bezug auf den Wanderungssaldo oder die Geburtenrate.

Prognose: Eine Prognose macht eine Aussage über die zukünftige Entwicklung, basierend auf einem oder mehreren Szenarien.

Kennzahlen erklärt

Altersquotient: Das Verhältnis der nicht mehr erwerbstätigen Personen (ü65) zu den Personen im Erwerbsalter (20–65 Jahre), im Vergleich über die Zeit dargestellt in Abbildung 3.

Lebenserwartung bei Geburt: Die durchschnittliche Anzahl Lebensjahre, die zum Zeitpunkt der Geburt zu erwarten sind, wenn diese Person den altersspezifischen Sterblichkeitsverhältnissen des Geburtsjahres ausgesetzt wäre.

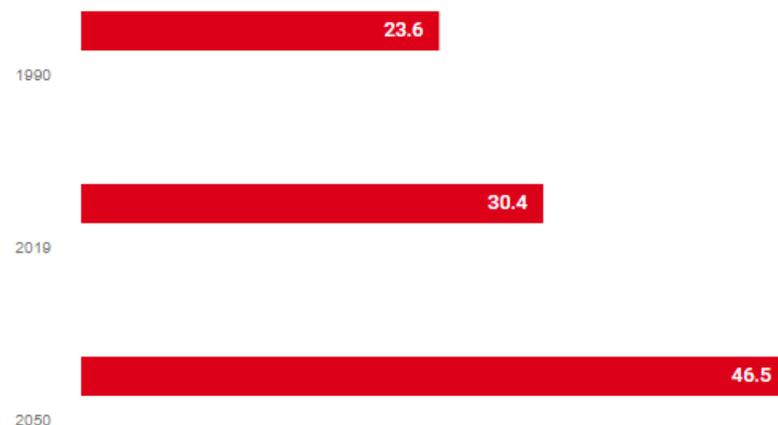
Greying Index: Das Verhältnis der Personen über 80 Jahren zu den Personen zwischen 65 und 79 Jahren.

Ersatz der Elterngeneration: Wenn die Anzahl Mädchen in der Kindergeneration gleich gross ist wie die Anzahl Frauen in der Elterngeneration.

Wanderungssaldo: Die Differenz zwischen Ein- und Auswanderungen.

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung: Szenarien, die auf unterschiedlichen Hypothesen hinsichtlich der Entwicklung der drei zentralen demografischen Faktoren beruhen. Das mittlere Referenzszenario A basiert auf den Entwicklungen der letzten Jahre. (Szenario B basiert auf Hypothesen, die ein Bevölkerungswachstum begünstigen, Szenario C auf solchen, die diesem weniger förderlich sind.)

Abb. 3 Altersquotient



Altersquotient = Anzahl 65-Jährige und Ältere je 100 20-64-Jährige

Mögliche Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung

Der demografische Wandel hat potenziell Auswirkungen auf eine Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen. Im Folgenden werden diejenigen Bereiche näher betrachtet, die entweder besonders die ältere Bevölkerung betreffen oder in denen die Alterung der Bevölkerung substantielle Auswirkungen erwarten lässt.

Rentensystem

Im Rentensystem ist insbesondere derjenige Bereich vom demografischen Wandel betroffen, bei dem die Leistungen durch Umlageverfahren zwischen den Generationen finanziert werden. Dies ist bei der 1. Säule, der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), der Fall. Im Jahr 2022 betrug das Verhältnis von Personen im Pensionsalter zu Personen im erwerbsfähigen Alter 31,5 zu 100. Durch den demografischen Wandel beziehen immer mehr Personen über einen länger werdenden Zeitraum eine Altersrente, während im Vergleich zur Vergangenheit bzw. zu heute immer weniger Personen Lohnbeiträge entrichten. Im Jahr 2050 werden 100 Personen im erwerbsfähigen Alter für die Rentenfinanzierung von 46,5 Personen über 65 «zuständig» sein. Die bisherige Finanzierungslogik der 1. Säule gerät so aus dem Gleichgewicht, womit sich Fragen nach der (Lasten-)Verteilung der Finanzierung sowie nach möglichen neuen zusätzlichen Finanzierungsquellen stellen.

Durch Zuwanderung kann der zunehmende Finanzierungsbedarf möglicherweise leicht aufgefangen werden, allerdings nicht komplett. Es braucht hier also weitere Massnahmen. Einige Finanzierungsfragen werden bereits in der Politik und Wirtschaft diskutiert. Darunter zum Beispiel eine Erhöhung des Rentenalters oder eine Erbschaftssteuer, aber auch steigende Löhne – und dementsprechend Sozialabgaben – aufgrund der steigenden Produktivität werden als mögliche Lösung ins Feld geführt. Tiefere Renten stehen aktuell nicht zur Debatte.

In der 2. Säule, der beruflichen Vorsorge, stellt sich die Frage des demografischen Wandels in anderer Form. Die 2. Säule folgt dem Grundsatz, dass jede und jeder für sich selbst spart. Umverteilungen sind im System nicht vorgesehen. Aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung müssen die angesparten Mittel jedoch für einen längeren Zeitraum reichen. Dies kann für jüngere Generationen bedeuten, dass die monatliche Rente im Vergleich zu früheren Generationen tiefer ausfällt. Bereits bestehende Renten werden bislang nicht gekürzt. Dies kann dazu führen, dass die ausbezahlte Rente die einbezahlte Summe (plus Verzinsung) übersteigt. In einzelnen Fällen stellt dies kein Problem dar. Geschieht dies jedoch in grösserem Umfang, stellt sich auch hier die Finanzierungsfrage, konkret, ob Mittel von jüngeren zu älteren Generationen transferiert werden.

Weitere Informationen zum System der Altersvorsorge:



Die Alterung der Gesellschaft und die steigende Lebenserwartung erhöhen den Gesamtbedarf an Unterstützungs- und Gesundheitsleistungen inklusive (Langzeit-)Pflegeangeboten. Zudem führt der medizinische Fortschritt zu neuen Behandlungsmethoden. Diese tragen dazu bei, dass die Lebenserwartung weiter ansteigt. Gleichzeitig führt dies zu höheren Kosten im Gesundheitswesen. Zudem fehlt es zunehmend an ambulantem wie stationärem Gesundheitspersonal, was sich einschränkend auf die Betreuungs- und Pflegeangebote bzw. medizinischen Behandlungsmöglichkeiten auswirkt.

Im Jahr 2022 gab es schweizweit 57,8 Plätze in Alters- oder Pflegeheimen pro 1000 Personen über 65. Dies würde für das Jahr 2050 bedeuten, dass bis dahin rund 60 000 zusätzliche Plätze entstehen müssten, was mehr als der Hälfte der aktuell bestehenden Plätze entspräche. Allerdings sank die Anzahl vorhandener Plätze in den letzten Jahren stetig, und es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung anhalten wird. Grund dafür ist, dass ältere Menschen zunehmend zuhause wohnen bleiben wollen oder sich andere Wohnformen anstelle eines Heimes aussuchen. Sollte dieser Trend anhalten, könnten die aktuell vorhandenen Heimplätze möglicherweise auch in 20 Jahren oder darüber hinaus noch ausreichen. Im Falle einer Trendumkehr wäre die Heimbranche mit hohen Herausforderungen konfrontiert. Das Beispiel zeigt, dass gesellschaftliche Faktoren einen direkten Einfluss auf den Infrastrukturbedarf haben.

Eine ähnliche Situation ergibt sich auch bei dem Bedarf an Betreuung zu Hause und ambulanter Pflege. Stand heute nutzen – je nach Angebot – zwischen 6 und 11 Prozent der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren formelle oder informelle Betreuungs- oder Pflegeangebote. Bleiben diese Anteile bis ins Jahr 2050 ungefähr gleich, bedeutet dies, dass zwischen 60 000 und 115 000 zusätzliche Personen Betreuungs- und Pflegeangebote benötigen werden. In diesem Sinne steht die ambulante Versorgung in direktem Zusammenhang mit den sinkenden Heimplätzen und steigt entsprechend an. Dies führt jedoch dazu, dass im ambulanten Bereich deutlich mehr personelle und finanzielle Ressourcen benötigt werden.

Zum Grundlagenpapier «Betreuung»:



Kann die Versorgung von Unterstützungs- und Gesundheitsleistungen nicht mehr wie bisher grösstenteils als öffentliche Dienstleistung sichergestellt werden, könnte dies die Bedeutung privater Anbieter erhöhen. Entsprechend dürften medizinische Behandlungen oder Unterstützungsleistungen zunehmend von den individuellen finanziellen Ressourcen der älteren Bevölkerung abhängen. Personen ohne diese Ressourcen können notwendige Leistungen nicht oder nur in ungenügendem Mass in Anspruch nehmen. Überdies dürfte die Unterstützung durch Angehörige

wieder wichtiger werden, um insbesondere die notwendige Betreuung zu erbringen. Dies birgt wiederum für die Angehörigen ein Risiko. Müssen diese ihr Erwerbsspensum für Unterstützungsaufgaben reduzieren, laufen sie Gefahr, weniger Alterssparkapital aufbauen zu können. Zu beachten ist zudem, dass nicht alle älteren Menschen über die Möglichkeit verfügen, auf Angehörigenunterstützung zurückzugreifen – einerseits aufgrund der geografischen Distanzen, andererseits weil keine nahen Verwandten (insbesondere Kinder und Enkel) existieren. Kleinere Familien führen zudem zu einer stärkeren Belastung der Einzelpersonen.

Aufgrund steigender Lohnkosten und weiteren Ausgaben, wie teurerer Behandlungsmethoden oder einer zunehmenden Anzahl von Menschen mit chronischen Erkrankungen, ist davon auszugehen, dass die Kosten im Gesundheitswesen insgesamt steigen werden. Eine Chance bietet sich allenfalls durch neue Angebotsformen wie der Telemedizin und durch den Ausbau an Betreuungsangeboten als Präventionsmassnahmen, um die Pflegekosten zu reduzieren. Inwiefern eine Produktivitätssteigerung über den zunehmenden Einsatz von technischen Mitteln (zum Beispiel Sensoren) möglich ist, steht noch offen, ebenso hinsichtlich Anwendungen im Bereich der Robotik oder der Künstlichen Intelligenz. Zentrale Bedeutung erhalten präventive Massnahmen, welche dazu beitragen können, einerseits die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, andererseits das Kostenwachstum im Gesundheitswesen zu dämpfen.

Wohnungswesen und Infrastruktur

Auf die Bereiche des Wohnungswesens und der Infrastruktur hat der demografische Wandel verschiedene Auswirkungen. So steigt durch die Alterung der Gesellschaft der Bedarf an geeignetem Wohnraum für die ältere Bevölkerung. Personen über 65 Jahren leben hauptsächlich in Einzel- oder Paarhaushalten, oft mit drei oder mehr Zimmern. Eine angestrebte Verkleinerung des Wohnraums ist häufig schwierig, da ein Wohnungswechsel zu höheren Mieten führen würde und/oder zu einer Verschiebung des Lebensmittelpunkts. Siedlungsplanerische oder auch mietrechtliche Massnahmen (z.B. Vorschriften über hindernisfreies Wohnen) könnten hier in Zukunft Veränderungen auslösen, um vermehrt altersgerechte Quartiere, Versorgungsstrukturen, Wohnungen sowie eine barrierefreie Infrastruktur zu schaffen.

Zum Grundlagenpapier «Wohnen»:



Der unterschiedliche Ausbau von altersgerechter Infrastruktur dürfte dazu führen, dass altersfreundliche Gemeinden eine erhöhte Zuwanderung von älteren Bevölkerungsgruppen erleben. Gleichzeitig gibt es auch Regionen, die mit der Abwanderung von jüngeren Personen konfrontiert sind und in welchen die aktuelle Siedlungsstruktur nicht mehr den Bedürfnissen der (alternden) Bevölkerung entspricht. Diese lokalen

und regionalen Unterschiede in der Verteilung von jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen haben nicht nur Konsequenzen für die Ausgestaltung der Infrastruktur, sondern auch für die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen. Somit wäre zum Beispiel ein «Demografieausgleich» analog zum Finanzausgleich denkbar, durch den «ältere» von «jüngeren» Gemeinden unterstützt würden.

Arbeitsmarkt

Durch die zunehmende Anzahl an Austritten aus dem Erwerbsleben infolge Pensionierung gehen auch entsprechend mehr Wissen und Erfahrung innerhalb eines kurzen Zeitraums verloren. Zudem führt dieser Trend insgesamt zu einem Arbeits- und Fachkräftemangel, da die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen weiter hoch bleibt. Einerseits kann Zuwanderung einen Teil kompensieren, andererseits der zunehmende Anteil von Personen, die nach dem Referenzalter freiwillig weiterarbeiten möchte. Ungefähr die Hälfte der Arbeitnehmenden kann sich vorstellen, länger zu arbeiten. Bei den älteren Arbeitnehmenden zeigt sich dieser Wunsch leicht stärker. Finanzielle Anreize bei Renten oder flexible Modelle können dazu beitragen, dass ältere Arbeitnehmende über das Referenzalter hinaus im Arbeitsmarkt verbleiben. Dies ermöglicht es ihnen, ihre Erfahrung und Fähigkeiten weiterhin einzubringen. Schliesslich müsste die Produktivität substantiell ansteigen, um mit einer sinkenden Anzahl an Erwerbstätigen die wirtschaftliche Leistung aufrechtzuerhalten.

Zum Kurz und bündig «Freiwillige Weiterarbeit nach dem Referenzalter»:



Gesellschaft

Das bereits erwähnte Umlageverfahren zwischen den Generationen der Erwerbstätigen und der Pensionierten zur Finanzierung der AHV kann aufgrund der demografischen Alterung unter Druck kommen. Ebenfalls ein Bereich mit Konfliktpotential ist die politische Beteiligung. In den letzten Jahren gingen die Wahlberechtigten über 65 Jahren fast doppelt so häufig an die Urnen wie die 18–29-Jährigen und ungefähr ein- und einhalbmal so häufig wie die 30–65-Jährigen. Während punktuelle politische Differenzen zwischen den Generationen keine grösseren Konflikte auslösen dürften, könnte eine regelmässige «Überstimmung» jüngerer durch ältere Generationen zu Spannungen zwischen den Generationen führen bzw. sich negativ auf die Generationensolidarität auswirken. Dies dürfte insbesondere bei einem starken Fokus der politischen Agenda auf altersspezifische Themen aber auch bei Fragen der Umverteilung zwischen den Generationen der Fall sein.

Da der Übertritt in den Ruhestand für die meisten Personen nicht mit einer Abnahme der körperlichen und/oder geistigen Fähigkeiten einhergeht, besteht durch die wachsende ältere Bevölkerung grosses Potenzial. Wie jüngere Menschen leisten sie einen erheblichen Beitrag zugunsten des funktionierenden Zusammenlebens – in Familien,

unter Freunden, in Nachbarschaften, Gemeinden oder Vereinen. So könnten unter anderem wieder mehr Personen für Milizämter zur Verfügung stehen oder die fehlende Unterstützung durch eigene Angehörige mittels ehrenamtlicher oder bezahlter, ergo rentenbildender, Arbeit aufgefangen werden.

Weiterführende Referate dazu:



Schlussfolgerungen:

- Die Schweizer Bevölkerung wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten älter. Dieser demografische Wandel hat weitreichende gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen. Insbesondere das Rentensystem und die Gesundheitsversorgung stehen vor grossen Herausforderungen.
- Das Rentensystem ist mit der Herausforderung konfrontiert, eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.
- Die Gesundheitsversorgung sieht sich mit einer höheren Nachfrage und steigenden Kosten konfrontiert. Präventionsmassnahmen tragen zu einer höheren Lebensqualität im Alter und tieferen Kosten bei. Ambulante Angebote in der Betreuung und Pflege tragen zu einer Entlastung der stationären Gesundheitsversorgung bei.
- Das teilweise noch ungenutzte Potenzial der älteren Bevölkerung als wichtige Ressource für die Gesellschaft muss weiter gefördert werden. Dies betrifft sowohl das Freiwilligenengagement als auch die freiwillige Weiterarbeit über das Referenzalter hinaus.
- Der demografische Wandel erfordert koordinierte Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Pro Senectute setzt sich dafür ein, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv angegangen werden – dies unter der Berücksichtigung der Partizipation der älteren Bevölkerung und der Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen.

Impressum

Herausgeberin: Pro Senectute Schweiz, Abteilung Innovation & Politik
Redaktion: Alexander Widmer, Eliane Müller, Tatjana Kistler, Anna Celio Panzeri

Pro Senectute Schweiz
Lavaterstrasse 60
8002 Zürich
www.prosenectute.ch/politik
E-Mail: innopol@prosenectute.ch

1. Auflage: September 2024
Quelle Grafiken: BFS, 2024

Mit den Grundlagenpapieren arbeitet Pro Senectute Schweiz aktuelle alterspolitische Themen auf und ordnet sie ein. Pro Senectute Schweiz bekennt und verpflichtet sich zu einer inklusiven und genderneutralen Sprache. Sämtliche Texte sind frei von Codierungen und Wertungen.

